

Wahl: Grossratswahlen Kanton Freiburg

Name: Markus Reck

Erstellt am: 27.09.2016

Frage	Antwort	Kommentar
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Eher ja	
In den letzten Jahren wurde das kantonale Sozialhilfegesetz verschärft. Würden Sie eine weitere Verschärfung (z.B. Begrenzung der Zulagen, tieferer Ansatz des Existenzminimums, strengere Sanktionen) befürworten?	Eher ja	
Soll der Kanton Freiburg die Schaffung von familienergänzenden Betreuungsstrukturen (Tagesstätten, Tagesschulen, Mittagstische) verstärkt finanziell unterstützen?	Eher ja	
Soll der Kanton Freiburg mehr Geld für die Verbilligung der Krankenkassenprämien bereitstellen?	Eher nein	
Sollen die Kinder- und Ausbildungszulagen im Kanton Freiburg erhöht werden?	Eher nein	
Der Staatsrat fordert strengere Regeln für Betreuungspersonen, um die Sicherheit von betreuten Kindern zu erhöhen. Befürworten Sie dies?	Eher nein	
Würden Sie die Einführung eines Medizinstudiengangs (Master in Humanmedizin) an der Universität Freiburg befürworten?	Eher nein	
Soll die Anzahl Schüler/innen pro Schulklasse generell reduziert werden?	Eher ja	
An der Universität Freiburg besteht seit Juni 2016 das Schweizerische Zentrum für Islam und Gesellschaft. Befürworten Sie dies?	Ja	
Der Kanton Freiburg hat für Eltern die Möglichkeit eingeschränkt, Rekurse gegen Entscheide der Schule einzulegen. Befürworten Sie diese Stossrichtung?	Ja	
Seit August 2016 sieht das neue Schulreglement einen obligatorischen Sprachaustausch in der 8. Klasse vor. Befürworten Sie dies?	Ja	
Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren im Kanton Freiburg leben und eine Aufenthaltsbewilligung besitzen, verfügen auf Gemeindeebene das Stimm- und Wahlrecht. Soll dies auch für die kantonale Ebene gelten?	Eher ja	
Sollen die Anforderungen bei Einbürgerungen erhöht werden (z.B. bezüglich Sprachkenntnisse, gesellschaftliche Integration)?	Eher ja	
Soll der Kanton die Arbeitsbewilligungspraxis für Asylsuchende lockern, so dass diese einfacher einer bezahlten Arbeit nachgehen können?	Ja	
Soll sich der Kanton Freiburg stärker - auch finanziell - für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer einsetzen?	Eher ja	
Würden Sie es begrüßen, wenn die kantonale Kulturförderung vermehrt die freie Kulturszene unterstützen würde anstelle von etablierten Kulturinstitutionen?	Eher nein	
Soll die eingetragene Partnerschaft der traditionellen Ehe vollständig gleichgestellt werden?	Ja	

Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Eher ja	
Der Kanton Genf hat die öffentlich-rechtliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften abgeschafft. Sollte der Kanton Freiburg auch auf eine solche Anerkennung von Religionsgemeinschaften verzichten?	Nein	
Im Kanton Freiburg sind deutschsprachige Einwohner in der Minderheit. Sollen vermehrt Massnahmen zur Förderung der Zweisprachigkeit ergriffen werden (z.B. stärkere Förderung des Sprachaustauschs in der Schule)?	Ja	
Im Juni 2016 hat das eidgenössische Parlament die Unternehmenssteuerreform III (USR III) beschlossen (u.a. Steuersenkungen um mobile Firmen in der Schweiz zu halten). Begrüssen Sie diesen Entscheid?	Eher nein	
Befürworten Sie im Kanton Freiburg einen Einstellungsstopp (Einfrieren des Stellenbestands an Kantonsangestellten)?	Eher ja	
Sollen Personen mit hohem Einkommen und Vermögen mehr Steuern bezahlen (Erhöhung der Steuerprogression)?	Nein	
Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen steuerlich veranlagt werden (Individualbesteuerung)?	Eher ja	
Haben für Sie Steuersenkungen in den nächsten vier Jahren Priorität?	Eher nein	
Würden Sie es begrüßen, wenn kantonseigene Unternehmen (z.B. Freiburgische Verkehrsbetriebe oder Kantonalbank) vermehrt (teil-) privatisiert werden?	Eher ja	
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 4'000 CHF (für eine Vollzeitstelle)?	Nein	
Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sehen Kontrollen der Anstellungsbedingungen und der Entlohnung ausländischer Arbeitnehmenden vor. Sollen diese Kontrollen verstärkt werden?	Ja	
Befürworten Sie den Entscheid des Kantons, das Innovativquartier "Blue Factory" (ehemalige Freiburger Cardinal-Brauerei) mit einem Kredit von 5 Mio. Franken zu unterstützen?	Nein	
Befürworten Sie eine Liberalisierung (Ausweitung) der Öffnungszeiten von Gastronomie-Betrieben im Kanton Freiburg?	Eher ja	
Die Energiepolitik des Kantons Freiburg orientiert sich an der Vision einer 2000-Watt-Gesellschaft. Soll sich der Kanton dafür stärker engagieren und verbindliche Massnahmen ergreifen?	Ja	
Im Kanton Freiburg werden derzeit mehrere Umfahrungsstrassenprojekte geplant. Erachten Sie solche Projekte als geeignete Massnahme, um Verkehrsprobleme zu lösen?	Eher nein	
Eine Volksinitiative verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029. Befürworten Sie dies?	Ja	
Soll die Gesamtfläche der Bauzonen im Kanton Freiburg auf dem heutigen Stand fixiert werden?	Eher ja	

Soll der Kanton Freiburg Massnahmen ergreifen, um den Langsamverkehr (Velo- und Fussverkehr) gegenüber dem motorisierten Verkehr stärker zu fördern?	Ja	
Würden Sie es begrüßen, wenn in Wohn- und Schulquartieren im Kanton Freiburg vermehrt Tempo 20-Zonen (Begegnungszonen) eingeführt würden?	Eher ja	
Soll das Stimmrechtsalter im Kanton Freiburg auf 16 Jahre gesenkt werden?	Eher nein	
Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden?	Ja	
Soll der Kanton Gemeindezusammenschlüsse finanziell stärker fördern?	Eher ja	
Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post- Telefon- und E-Mailverkehrs sollen ausgebaut werden. Befürworten Sie dies?	Eher nein	
Soll der Konsum von Cannabis sowie dessen Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Eher ja	
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) sowie Littering konsequenter verfolgt und härter bestraft werden?	Ja	
Braucht es zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit im Kanton Freiburg eine stärkere sichtbare Präsenz der Polizei?	Eher nein	
<p>Hat für Sie die strikte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Priorität gegenüber dem Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU?</p>	Nein	
<p>Würden Sie es befürworten, wenn Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) für schweizerische Behörden und Gerichte nicht mehr bindend wären?</p>	Nein	
Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein	
Soll die Schweiz mit den USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnehmen?	Eher nein	
Bildung	Gleich viel	
Öffentliche Sicherheit	Gleich viel	
Gesundheit	Mehr	
Kulturförderung	Gleich viel	
Soziale Sicherheit	Weniger	
Umweltschutz	Deutlich mehr	
Öffentlicher Verkehr	Mehr	
Strassenverkehr	Weniger	

Wahl: Nationalratswahlen

Name: Markus Reck

Erstellt am: 30.07.2015

Frage	Antwort	Kommentar
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer (z.B. auf 67 Jahre)?	Eher ja	Die Erhöhung sichert die AHV, gleichzeitig sollte die Pensionierung flexibilisiert werden und Hindernisse (bspw. erhöhte BVG-Prämien) für Arbeitnehmende über 50 Jahre beseitigt werden.
Finden Sie es richtig, dass der Bund die ausserfamiliäre Kinderbetreuung finanziell unterstützt?	Eher ja	Nicht im Giesskannenprinzip, sondern abgestuft nach steuerbarem Einkommen und Vermögen.
Soll zusätzlich zur Mutterschaftsversicherung ein mehrwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub eingeführt werden?	Eher ja	Elternurlaub mit freier Aufteilung zwischen Mutter und Vater wäre flexibler und würde auf die individuellen Familienverhältnisse besser Rücksicht nehmen.
Würden Sie es begrüßen, wenn gesamtschweizerisch Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefem Einkommen eingeführt würden?	Nein	
Befürworten Sie eine Anpassung der Sozialhilfe-Richtlinien, die Leistungskürzungen für Grossfamilien und junge Erwachsene vorsieht?	Eher ja	Bei den jungen Erwachsenen sollten Begleitprogramme gefördert werden, um diese zu integrieren bzw. ihnen Zukunftschancen zu geben.
Soll der Umwandlungssatz, der die Höhe der BVG-Rente (2. Säule) regelt, an die gestiegene Lebenserwartung angepasst und von 6.8 auf 6.0% gesenkt werden?	Ja	
Würden Sie eine Erhöhung der Mindestfranchise bei der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) von 300 auf 500 CHF befürworten?	Ja	
Soll eine Impfpflicht für Kinder gemäss dem schweizerischen Impfplan eingeführt werden?	Nein	Die Eltern sollen hier die Verantwortung weiterhin selbst tragen.
Sollen Behandlungen mit Methoden der komplementären (alternativen) Medizin nach 2017 weiterhin durch die Grundversicherung (KVG) bezahlt werden?	Ja	
Sollen in der Schweiz vermehrt Spitäler geschlossen werden, um die Kosten im Gesundheitsbereich zu senken?	Eher ja	Ambulatorien in den Regionen und Gemeinschaftspraxen wären stattdessen zu fördern, die rasch, flexibel und kostengünstiger arbeiten.
Soll sich der Staat stärker für gleiche Bildungschancen einsetzen (z.B. mit Nachhilfe-Gutscheinen für Schüler/innen aus Familien mit geringem Einkommen)?	Eher nein	
Befürworten Sie die Harmonisierung von Lehrplänen zwischen den Kantonen (z.B. durch die Projekte Lehrplan 21 oder PER)?	Ja	Ein problemloser Wechsel von einem Kanton in den anderen sollte für Schülerinnen und Schüler sichergestellt sein und keine Nachteile mit sich bringen. Die Harmonisierung schafft zusätzliche Synergie- und Einsparungsmöglichkeiten bzw. Freiräume für Forschung und Bildungsentwicklung auf nationaler Ebene.
Soll in allen Kantonen in der Primarschule eine zweite Landessprache unterrichtet werden?	Ja	Dies fördert das gegenseitige Verständnis im Land und den Respekt vor den kulturellen Unterschieden und Eigenarten unseres Landes.
Gemäss dem Konzept der integrativen Schule werden Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen grundsätzlich in regulären Schulklassen unterrichtet. Befürworten Sie dies?	Eher nein	

Finden Sie es richtig, wenn Schulen Dispense aus religiösen Gründen für einzelne Fächer oder Veranstaltungen bewilligen (z.B. Turn-/Schwimmunterricht, Schullager oder Sexualkundeunterricht)?	Nein	
Sollte der wirtschaftliche Nutzen von Forschungsprojekten bei der Vergabe von Fördergeldern des Bundes stärker berücksichtigt werden?	Ja	Forschung darf durchaus auch auf wirtschaftlichen und damit gesamt-gesellschaftlichen Nutzen abzielen.
Würden Sie es befürworten, wenn für Ausländer/innen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, gesamtschweizerisch das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene eingeführt würde?	Eher ja	Dies würde das Engagement und damit die Integration fördern.
Soll die Einbürgerung von Ausländer/innen der dritten Generation erleichtert werden?	Ja	
Soll die Aufenthaltserlaubnis für Migrant/innen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten schweizweit an die Erfüllung verbindlicher Integrationsvereinbarungen geknüpft werden?	Eher ja	Der Wille zur Integration muss bestehen, ohne dass eine Verleugnung der eigenen Kultur und Traditionen erfolgen muss.
Sollte der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert werden?	Eher nein	Eine rasche, individuelle Einzelfallprüfung ist einer kollektiven Lösung vorzuziehen.
Soll die Schweiz vermehrt Flüchtlingsgruppen direkt aus Krisengebieten aufnehmen, für die das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) Aufnahmeland sucht (sog. Kontingentsflüchtlinge)?	Ja	
Sollen gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben, Kinder adoptieren dürfen?	Ja	
Im Juni 2015 hat das Volk einer Lockerung der Regeln in der Fortpflanzungsmedizin zugestimmt (Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik, PID). Begrüssen Sie diesen Entscheid?	Ja	
Soll der Konsum von Cannabis sowie dessen Besitz für den Eigengebrauch legalisiert werden?	Eher ja	Für die medizinische, therapeutische Anwendung auf jeden Fall, ansonsten mit einer Alterslimite ab 18 Jahren.
Würden Sie die Einführung einer Frauenquote in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen börsenkotierter Unternehmen befürworten?	Eher nein	
Würden Sie es befürworten, wenn in der Schweiz die direkte aktive Sterbehilfe durch einen Arzt straffrei möglich wäre?	Eher ja	
Würden Sie es begrüßen, wenn in der Schweiz die automatische Organspende (Widerspruchslösung) eingeführt würde?	Nein	
Soll sich der Bund aus der Kulturförderung zurückziehen?	Eher nein	
Sollen Ehepaare getrennt als Einzelpersonen steuerlich veranlagt werden (Individualbesteuerung)?	Ja	
Haben für Sie Steuersenkungen auf Bundesebene in den nächsten vier Jahren Priorität?	Eher nein	Die Aufgaben des Bundes benötigen mehr finanzielle Mittel für Forschung, Förderung alternativer Energien und der Wirtschaft und des Aussenhandels.
Sollen Bund und Kantone im Rahmen der Unternehmenssteuerreform (USR III) Einbussen bei den Steuereinnahmen in Kauf nehmen, um international mobile Firmen in der Schweiz zu halten?	Eher ja	

Befürworten Sie die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer auf Wertschriften?	Eher nein	
Die finanzstarken Kantone möchten ihre Beitragszahlungen an die finanzschwachen Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs (NFA) deutlich reduzieren. Unterstützen Sie dieses Anliegen?	Eher nein	Ausnahmen sind Tiefsteuerkantone, die gleichzeitig Mittel aus dem Finanzausgleich erhalten und damit einen "unechten" Steuerwettbewerb praktizieren.
Soll das Bankgeheimnis im Inland gegenüber schweizerischen Steuerbehörden aufgehoben werden?	Eher nein	
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 4'000 CHF (für eine Vollzeitstelle)?	Nein	
Soll der Kündigungsschutz für ältere Angestellte (über 50 Jahre) ausgebaut werden?	Nein	Erfahrungsgemäss behindern solche Schutzklauseln die Anstellung der Geschützten eher als dass sie diese fördern.
Sollen die Direktzahlungen zur Förderung der Bio-Produktion zulasten der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe erhöht werden?	Ja	
Sollte sich die Regionalpolitik des Bundes künftig stärker auf die wirtschaftliche Förderung in Städten und Agglomerationen konzentrieren?	Eher ja	Die Stärkung der (regionalen) Zentren macht in einer globalisierten Welt durchaus Sinn, denn die Städte (z.B. Uni-Städte) stehen in einem europäischen bzw. globalen Wettbewerb.
Sollten die bestehenden Importerleichterungen für Lebensmittel aus der EU (Cassis-de-Dijon-Prinzip) abgeschafft werden?	Nein	
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Festlegung der Öffnungszeiten nach freiem Ermessen)?	Eher nein	
Befürworten Sie ein generelles Werbeverbot für Alkohol und Tabak?	Nein	
Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes (auch für KMU und Privathaushalte)?	Eher ja	
Eine Volksinitiative verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2029. Befürworten Sie dies?	Ja	Der Ausstieg zwingt dazu, Szenarien zu entwerfen und alternative Energiequellen verstärkt zu fördern (siehe z.T. Deutschland).
Sollen für den Bau und den Ausbau von Wind-, Solar- und Wasserkraftwerken die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?	Eher nein	
Bislang wird auf fossile Brennstoffe (Heizöl, Erdgas) eine CO2-Abgabe erhoben. Soll diese Abgabe auch auf Treibstoffe (z.B. Benzin, Diesel) ausgeweitet werden?	Ja	
Soll das geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere in der Schweizer Landwirtschaft über das Jahr 2017 hinaus verlängert werden?	Ja	
Befürworten Sie eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere (Luchs, Wolf, Bär)?	Eher nein	
Befürworten Sie ein Verbot der Nutzung von Gebirgslandeplätzen für rein touristische Helikopterflüge (z.B. Heliskiing)?	Ja	
Im Hinblick auf die Sanierung des Gotthardstrassentunnels hat das Parlament den Bau einer zweiten Röhre beschlossen. Befürworten Sie dies?	Eher ja	Für das Tessin ist der Gotthard die "Lebensader" und muss offen bleiben.

Sollen stark befahrene Autobahnabschnitte (z.B. Bern–Zürich oder Lausanne–Genf) auf durchgehend drei Spuren ausgebaut werden?	Eher ja	Die Sicherheit und die Flüssigkeit des Verkehrs nimmt damit zu, was zu geringeren gesellschaftlichen Kosten des Individual- und Transportverkehrs führt.
Eine Volksinitiative fordert, dass die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz auf dem heutigen Stand begrenzt wird. Befürworten Sie dieses Anliegen?	Eher ja	
Sollte die Finanzierung von Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen vollständig offengelegt werden?	Ja	In einer Demokratie soll Transparenz gelten, damit die Wählerinnen und Wähler wissen, wer die Partei ihrer Wahl unterstützt (und damit eigene Ziele durchsetzen will). Dies ist ein wichtiges Element bei der Willensbildung und Wahlentscheidung.
Die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sind für die Schweiz verbindlich. Finden Sie dies richtig?	Ja	
Würden Sie die Einführung eines obligatorischen allgemeinen Bürgerdienstes (Militär-, erweiterter Zivildienst oder Miliz-Engagement in der Gemeinde) für Männer und Frauen befürworten?	Ja	Ein Engagement für die Gesellschaft und nicht nur für sich selbst tut einer individualistischen Gesellschaft gut und fördert das Verständnis und den Respekt füreinander.
Befürworten Sie eine deutliche Reduktion des aktuellen Armeebestands auf höchstens 100'000 Soldaten?	Ja	Die Armeegrösse ist der realistischen Finanzierbarkeit und militärischen Herausforderungen anzupassen. Weniger ist manchmal mehr!
In den letzten Jahren wurden die Regeln zum Erwerb und Besitz von Waffen verschärft. Befürworten Sie diese Entwicklung?	Ja	
Sollen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mail-Verkehrs ausgeweitet werden?	Eher nein	
Soll das Jugendstrafrecht in Zukunft mehr Gewicht auf das Verbüssen längerer Haftstrafen in geschlossenen Anstalten als auf Resozialisierungsmassnahmen legen?	Eher nein	
Die Schweiz hat eines der strengsten Gesetze betreffend Geschwindigkeitsübertretungen im Strassenverkehr ("Raser"-Gesetzgebung). Sollte dieses gelockert werden?	Nein	
Soll die Schweiz das Schengen-Abkommen mit der EU kündigen und wieder verstärkte Personenkontrollen direkt an der Grenze einführen?	Nein	
Soll die Schweiz innerhalb der nächsten vier Jahre EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Eher nein	Bereits die Aufnahme der Verhandlungen wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehrheitsfähig und damit Verschwendung von Zeit, Geld und diplomatischen Kompetenzen, die in gute bilaterale Verhandlungen und einen entsprechenden Vertragsausbau besser investiert wären. Die Option für einen EU- oder zumindest EWR-Beitritt ist jedoch aufrecht zu erhalten und weiterhin zu diskutieren.
Hat für Sie die strikte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Priorität gegenüber dem Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU?	Nein	Da es absehbar ist, dass es mit der EU keine Lösung für die strikte Umsetzung der MEI gibt, sollte der Bundesrat dem Volk eine realisierbare Alternative zur Abstimmung vorlegen und alle Konsequenzen für die Entwicklung unseres Landes mitten in Europa aufzeigen.
Soll die Schweiz mit den USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnehmen?	Eher ja	

Sollen die Haftungsregeln für Unternehmen aus der Schweiz in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verschärft werden?	Eher ja	
Soll sich die Schweizer Aussenpolitik stärker an einer strikten Auslegung der Neutralität orientieren?	Nein	
Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit	Mehr	Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsströme wäre eine Erhöhung des Etats für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung in Form von Hilfe zur Selbsthilfe zu prüfen.
Landesverteidigung	Weniger	
Öffentliche Sicherheit	Gleich viel	
Bildung und Forschung	Gleich viel	Wissen und Kompetenz ist wichtig für unsere Wirtschaft und ein Erfolgsfaktor für unser Land im internationalen Wettbewerb.
Soziale Wohlfahrt	Gleich viel	
Strassenverkehr	Weniger	Verstärkt nutzerfinanziert, d.h. nach dem Verursacherprinzip finanzieren lassen.
Öffentlicher Verkehr	Gleich viel	Verstärkte Förderung in den Städten und Agglomerationen.
Umwelt und Raumordnung	Mehr	
Landwirtschaft	Weniger	
Beiträge an die Kantone im Rahmen des Finanzausgleichs	Weniger	Gezielte Förderung über Projekte im Umwelt- oder Alternativenergieförderung bringen mittelfristig mehr.